



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/34

9. Februar 1950

Intellektuelle Unsauberkeit

O.G. Allem Anschein nach soll den westdeutschen Hochschulen im Propagandarummel der "Nationalen Front" eine besondere Rolle zufallen. Das mag auf den ersten Blick eigenartig erscheinen, ist doch bekannt, dass der konservative, ja reaktionäre Geist, der das Gesicht der deutschen Hochschulen in den letzten Jahrzehnten bestimmte, heute durchaus noch nicht überwunden ist. Aber die Gesetze der politischen Logik gelten im akademischen Bereich nur bedingt. Die gleichen Leute, die die Sozialdemokratie undiskutabel finden, weil sie es unter ihrer Würde halten, sich mit "Proleten" abzugeben, tragen keine Bedenken, sich als Ehrengäste ostzonaler Volks- und sonstiger Kongresse einladen zu lassen. Nationale Töne betäuben sie so sehr, dass ihnen die Quellen dieser Geräusche gleichgültig werden. Das gilt zumindest für gewisse Teile der westdeutschen Studentenschaft.

In den letzten Wochen häufen sich Nachrichten über die Aktivität der allgemeinen Studentenausschüsse (Asta) einzelner westdeutscher Hochschulen, die glauben, hohe Politik zu machen, wenn sie pathetische Resolutionen zur Pflege der Beziehungen zu ostzonalen Universitäten verfassen. Ein eklatantes Beispiel dafür liefert Göttingen, wo der "Asta" sogar eine "Patenschaft" für die Universität Leipzig übernommen und sich in offenen Widerspruch zu Beschlüssen des Verbandes deutscher Studentenschaften (VDS) gesetzt hat. In Erlangen will der Asta "jeden möglichen" (!) Weg suchen, um mit der Studentenschaft der Sowjetzone Verbindung zu bekommen. In Frankfurt liess der Asta "Repräsentanten" der ostzonalen Studentenschaft, d.h. SED-Funktionäre, als Paradeperle in einer Veranstaltung der Universität auftreten.

Das Echo aus dem Osten bleibt nicht aus. Eislers Propaganda-

maschine läuft auf vollen Touren, um die Einbruchsherde zu erweitern. Mit 15 Hochschulen und Universitäten der Westzonen sei die Fühlung bereits hergestellt, lässt man verlauten, und diese Verbindungen sollen noch vertieft werden.

Mangelnde Einsicht in die wahren politischen Verhältnisse der Ostzone paart sich hier mit sentimentaler Romantik zu dem Bemühen um einen Brückenschlag, wobei teils absichtlich, teils unbewusst übersehen wird, daß alle Pfeiler von der einen Seite abgetragen werden. Auch eine gewisse Rückversicherungsideologie, die gleichfalls zugrundeliegt, sei dabei nicht übersehen. Aber ein anderes, gefährlicheres Motiv ist das eigentlich symptomatische für diese Haltung gegenüber dem Osten. Es ist die Anbetung des Götzen Nationalismus, eines absolutistischen Götzen, wie er heute im Regime der Ostzone aufgerichtet ist. Nur zu leicht waren und sind grosse Teile der deutschen Intelligenz bereit, Freiheit des Denkens, Achtung der Menschenwürde und schliesslich sich selber diesen Götzen zum Opfer zu bringen.

Über dem Gaukelbild einer deutschen Einheit um jeden Preis vergisst man die Verhaftungen und Verschleppungen von Dozenten und Studenten im Osten, übersieht, dass Forschung und Lehre längst nur Bestandteil eines zweckbestimmten und autoritär missbrauchten dialektischen Materialismus sind und merkt nicht, dass damit von der im Westen überlaut betonten Freiheit der Wissenschaft im Osten nicht mehr viel übrig geblieben ist. Den Fall Natonek zu übersehen, ist ein Kunststück, das nicht jedem gegeben ist.

Als intellektuelle Unsauberkeit hat Nietzsche einmal solches Verhalten bezeichnet. 1933 hat sich dieser bittere Vorwurf bewahrheitet. Soll er 1950 zum zweiten Male seine traurige Bestätigung erfahren?

Aufmarsch der Kandidaten

E.U.Staffordshire, Anfang Februar

Seit dem 3. Februar sind 640 Männer und Frauen arbeitslos, und als "Selbstangestellte" sind sie nicht einmal zur Arbeitslosenunterstützung berechtigt. Sie mussten mit der Auflösung des Parlaments das M.P. (Member of Parliament) das sie bisher stolz hinter ihrem Namen anbringen konnten, zum mindesten für 3 Wochen ablegen. Und damit ihr Gehalt, ihre Benzin-Koupons, ihre Freifahrkarten zwischen London und ihren Wahlkreisen - für andere Reisen mussten sie ohnehin den regulären Fahrpreis entrichten.

Drei Wochen der ersten Vorbereitungen auf die Neuwahl sind vorbei, erst jetzt wird es richtig ernst mit dem Kampf. Obwohl die Sitze durch das neue Wahlgesetz im Parlament von 640 auf 625 heruntergegangen sind, gibt es jetzt schon mehr Kandidaten als 1945; damals waren es 1 683, diesmal sind es über 1800. Aber diese Zahlen sind immer noch nicht vollständig, da der letzte Tag für die endgültige Aufstellung der 13. Februar ist. Doch kann man jetzt schon Vergleiche ziehen: 1945 stellte die Labour Party 604 Kandidaten auf, diesmal werden es 624 sein. Den einzigen Sitz, auf den sie nicht reflektieren wird, ist der von Mr. Clifton Brown, dem konservativen Speaker, der einheitlich am 1. März wiedergewählt werden wird, gleich, welche Partei an der Macht sein wird. Er gilt als ein Muster an Gerechtigkeit und Objektivität.

Die Kommunisten, die im Jahre 1945 21 Kandidaten aufgestellt hatten, planen jetzt, 100 vorzuschicken. Man nimmt nicht an, dass auch nur zwei von ihnen Erfolg haben werden, und hält es für sicher, dass 90 ihrer Leute sogar ihre 150 Pfund verlieren werden, die sie hinterlegen müssen und nur dann zurückbezahlt bekommen, wenn sie mehr als ein Achtel der gesamten Stimmenzahl des Wahlkreises erhalten. Es ist wahrscheinlich das erste Mal, dass Moskau ein so großzügiges "Geschenk" an die englische Schatzkammer macht.

Die Liberalen, die vor 5 Jahren 307 Kandidaten ins Feld geschickt hatten, haben diesmal mehr als 400 nominiert, was von den Konservativen mit ohnmächtiger Wut registriert wird. Der Kampf gerade auch zwischen diesen beiden Parteien gewinnt ständig an Schärfe. Die Konservativen haben ungefähr die gleiche Zahl von Kandidaten wie 1945.

Die "arbeitslosen" K.P.s haben drei Wochen angestreng-

tester Arbeit vor sich. Die ersten Plakate, die die Bevölkerung vor den Gefahren der anderen Parteien und den grossen Vorteilen der eigenen sprechen, sind auf den Mauern und in den Fenstern erschienen. Aber es sind weniger als 1945, denn diesmal sind die Ausgabemöglichkeiten der Kandidaten erheblich beschränkt, und es ist ziemlich teuer, die Plakate drei Wochen lang auf den Mauern und Zäunen zu halten und dafür Miete zu zahlen. So hat man allerwärts beschlossen, den eigentlichen grossen Propagandafeldzug, den Endsprint, erst 10 Tage vor den Wahlen beginnen zu lassen.

Die Entwicklung des Wetters wird von allen Parteien mit grösster Spannung verfolgt. In den Landeswahlkreisen nützt man den kleinsten Sonnenstrahl aus, um Lautsprecher herauszubringen, Versammlungen im Freien abzuhalten und in den Dörfern von Tür zu Tür zu gehen, um den Wählern Zettel, Broschüren und gute Ratschläge zu geben. Bisher aber haben Regen, Kälte und Schnee deminiert und den Propagandisten die Arbeit erschwert. Hier, wie überall auf dem Lande, wird aber vor allem davon viel abhängen, wie sich der 23. Februar in dieser Hinsicht anlässt.

Am Sonntag aber gibt es, gerade hier draussen, keine Politik, diesen Tag regiert die Kirche. Wenn man in einem freundlichen Ort lebt, wird man sich vielleicht ein Glas Bier im Public House zu Gemüte führen können. Die Partei, die es wagen würde, am Sonntag mit einem Lautsprecher durch die Dörfer dieser Gegend zu fahren, hätte den Kampf verloren, ehe sie ihn richtig begann.

- - - - - Der Sinn der Sozialgemeinschaften - - - - -

sp. Auf seiner letzten Tagung in Bonn hat der Vorstand der SPD die Bildung von Sozialgemeinschaften beschlossen. Die Organisationsgliederungen der SPD - vom Ortsverein bis zum Parteivorstand - werden in den "Sozialgemeinschaften" die in den Gewerkschaften wirkenden Sozialdemokraten zu regelmässigen Aussprachen zusammenzuführen. Bemerkenswert ist, dass dieser Wunsch nach einem besseren Kontakt von den SPD-Gewerkschaftern selbst ausging, die in den letzten Jahren mit dem Auf- und Ausbau der Gewerkschaften so in Anspruch genommen waren, dass sie sich vielfach von ihrer Partei isoliert fühlten und keine genügende Kenntnis von den komplizierten und wechselreichen politischen Geschehnissen hatten.

Andererseits besteht auch bei den Funktionären der SPD mit -

mitunter keine ausreichende Einsicht in die aus der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften erwachsenden Schwierigkeiten.

Hier soll also in den Sozialgemeinschaften ein gegenseitiges Verständnis erzielt werden. Keineswegs ist daran gedacht, den SPD-Gewerkschaftern irgendwelche Direktiven für ihre innergewerkschaftliche Arbeit zu geben. Es ist auch nicht beabsichtigt, irgend einen neuen

"Organisations-Apparat" mit den Sozialgemeinschaften aufzubauen, wie es z.B. die sogenannten "Sozialausschüsse der CDU/CSU" praktizieren.

Die Sozialgemeinschaften der SPD wollen den in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Sozialdemokraten das Gefühl und das Bewusstsein der absoluten Verbundenheit der SPD mit der Einheitsgewerkschaft geben und sie befähigen, auch in der Gewerkschaftsbewegung

bei aller Respektierung der parteipolitischen Neutralität und der notwendigen Übung der Toleranz - aus dem sozialistischen Willen

heraus zu handeln. So gesehen, werden diese Sozialgemeinschaften eine Lücke füllen und eine Brücke bauen.

Nachrichten aus der Ostzone:

80 000 Kinder ohne Schuhe

sp. Bei einer Nachprüfung in der gesamten Ostzone wurde festgestellt, dass rund 80 000 Kinder unbrauchbares Schuhwerk besitzen. Im ganzen vergangenen Jahr wurden durch die Wirtschaftsämter gegenüber diesem Bedarf nur 6 000 Bezugscheine für Schuhgrößen von 36 - 45 ausgegeben. Die Folge davon ist, dass der Schulbetrieb besonders in den Wintermonaten stark unter dem Fehlen der Kinder leidet. Alle Bemühungen der Lehrerschaft um Abstellung dieses Mangels waren bisher vergeblich.

Verstärkte Postzensur

sp. In verstärktem Maße werden gegenwärtig durch die GPU Briefzensuren durchgeführt, die sich besonders auf Briefe nach Westdeutschland und nach den Westsektoren Berlins erstreckt. So mussten allein in Magdeburg an einem einzigen Tage mehr als 600 Briefschreiber zu polizeilichen Vernehmungen erscheinen, um wegen des Inhalts vernommen zu werden.

Vorzugspreise für MAS

sp. Das Brandenburger Traktorenwerk hat 1950 ein Soll von 100 Traktoren monatlich zu erfüllen. Die Traktoren müssen an die einzelnen MAS im Lande Brandenburg zu einem Preis von 12 700 DM geliefert werden, während die Herstellungskosten rund 16 000 DM betragen. Für die Differenz von 3 300 DM bei jedem Traktor muss das Land Brandenburg aufkommen. Das Werk bezahlt seine Bestellungen nur auf Grund von Mahnungen.

Verantwortlich: Peter Raunau